



Berlin, den 20. April 2010

Presseerklärung

Distanzieren Sie sich, Frau Ministerin!

Gemeinsam mit 45 Organisationen und Verbänden aus Zivilgesellschaft, Berufsverbänden und Wirtschaft appelliert die Neue Richtervereinigung in einem Offenen Brief an die Bundesjustizministerin, sich von der Forderung nach einer neuerlichen Vorratsdatenspeicherung klar zu distanzieren.

Erst im März hat das Bundesverfassungsgericht die deutschen Vorschriften zur Vorratsdatenspeicherung mit klaren Worten für nichtig erklärt. Jetzt darf es nicht darum gehen, sich weiter hinter einer fragwürdigen EU-Richtlinie zu verschanzen und einen neuerlichen Anlauf zur verdachtsunabhängigen Speicherung von Telekommunikationsdaten zu nehmen. Jetzt muss es darum gehen, sich auf europäischer Ebene für eine Abschaffung der EU-Vorgaben zur Vorratsdatenspeicherung von 2006 einzusetzen.

Zu Recht steht die EU-Richtlinie wegen ihrer Vereinbarkeit mit der EU-Menschenrechtskonvention und der EU-Grundrechtecharta auf dem Prüfstand. Die EU muss diese Richtlinie zur Totalerfassung unseres Kommunikationsverhaltens zurücknehmen. Dann kann und muss jeder europäische Staat wieder eigenverantwortlich für die Gewährleistung der Privatsphäre seiner Bürgerinnen und Bürger einstehen.

Dr. Mario Cebulla, Sprecher der Neuen Richtervereinigung: „Dann wird sich zeigen, was die deutschen Bürgerinnen und Bürger über die anlass- und verdachtslose Erfassung ihres Kommunikationsverhaltens denken. Schon die massenhaft erhobene Verfassungsbeschwerde hat eindrucksvoll bewiesen, dass die Bevölkerung einer solchen Überwachung nicht ausgesetzt sein will. Die deutsche Politik muss dies zur Kenntnis nehmen.“

Zugleich wird sich die deutsche Politik damit auseinandersetzen müssen, dass bislang nicht einmal nachgewiesen ist, dass die Vorratsdatenspeicherung einen besseren Schutz vor Kriminalität bewirkt. Stattdessen kostet sie Millionen von Euro und ebnet den Weg in den Orwell'schen Überwachungsstaat.

Ansprechpartner: Dr. Mario Cebulla

Christine Nordmann

Anlage: Offener Brief vom 19. April 2010 an die Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger

Mitglieder des Bundesvorstandes:

Dr. Mario Cebulla, Sprecher des Vorstandes und Pressesprecher:

(LG Stralsund), Frankendamm 17, 18439 Stralsund, Tel.: 0176 / 61 222 694 oder Tel.: 03831-2050

Christine Nordmann, Sprecherin des Vorstandes: (VG Schleswig), Brockdorff-Rantzau-Str. 13, 24837

Schleswig, Tel.: 04621-861511 (d.)

Jens Heise (SG Berlin), Invalidenstr. 52, 10557 Berlin, Tel.: 030/90165-127 (d.)

Ingrid Meinecke (VG Potsdam), Friedrich-Ebert-Str. 32, 14469 Potsdam, Tel.: 0331/2332-582 (d.)

Thomas Schulte-Kellinghaus (OLG Karlsruhe, Außenstelle Freiburg) Salzstr. 28, 79098 Freiburg Tel.: 0761/205-3003(d)

Dr. Sabine Stuth, (SG Bremen), Am Wall 198, 28195 Bremen, Tel.: 0421/361-4457 (d.)

Doris Walter (AG Marburg), Universitätsstraße 48, 35037 Marburg Tel. 06421/290 389 (d.)

Bundesbüro:

Martina Reeßing

Greifswalder Str. 4

10405 Berlin

Tel.: 030/420223-49

Fax: -50

sekretariat@nrv-net.de

Umweltbank Nürnberg

BLZ 760 350 00

Konto.-Nr. 599 000

www.nrv-net.de